

MOTION von Dr. Ueli Mägli (SP, Zürich) Doris Gerber-Weeber (SP, Zürich) und Jacqueline Fehr (SP, Winterthur)

betreffend Gleichstellung der Berufsberatungsstelle der Stadt Zürich mit den Bezirksberufsberatungsstellen bei der Beitragsgewährung

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Änderung der gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, damit bei der Beitragsgewährung die Gleichstellung der Berufsberatungsstelle der Stadt Zürich mit den Bezirksberufsberatungsstellen erreicht werden kann.

Dr. Ueli Mägli
Doris Gerber-Weeber
Jacqueline Fehr

Begründung:

Gemäss Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz ist die Berufsberatung eine Aufgabe des Kantons. Die Berufsbildungsverordnung besagt: "Öffentliche Berufsberatungsstellen sind die Bezirksberufsberatungsstellen, die Berufsberatungsstellen der Städte Zürich und Winterthur und die Studien- und Berufsberatung des Kantons Zürich."

Die Beiträge an die Bezirksberufsberatungsstellen und die Berufsberatung der Stadt Zürich werden aufgrund des Jugendhilfegesetzes ausgerichtet. Dies führt zu einer Benachteiligung der Berufsberatungsstelle von Zürich, welche im Gegensatz zu den Bezirksberufsberatungsstellen einen deutlich tieferen Beitragssatz erhält. Die Berufsberatung der Stadt Zürich erfüllt jedoch die gleiche Aufgabe wie die Bezirksberufsberatungsstellen. Der Grundsatz rechtsgleicher Behandlung ist verletzt, weil der Kanton verschiedene öffentliche Körperschaften mit gleichen Aufgaben bei der Beitragsgewährung ungleich behandelt. Eine Korrektur kann erfolgen, indem der Kanton die Berufsberatung der Stadt Zürich in den Status einer Bezirksberufsberatungsstelle erhebt.